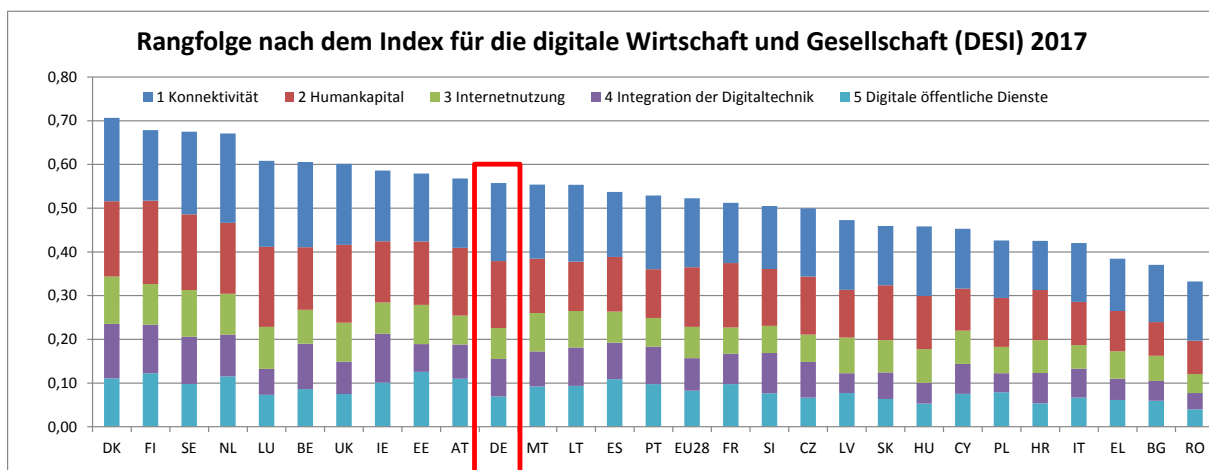


Bericht über den Stand der Digitalisierung in Europa 2017 – Länderprofil Deutschland

Im Bericht über den Stand der Digitalisierung in Europa (*Europe's Digital Progress Report*, EDPR) wird der Digitalisierungsfortschritt der Mitgliedstaaten analysiert. Dazu werden quantitative Erhebungen zur Ermittlung des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft DESI (*Digital Economy and Society Index*¹) mit qualitativen Informationen zur Politik des jeweiligen Landes verknüpft. Für die Erstellung des Index werden fünf Schwerpunktbereiche bewertet:

1. Konnektivität	Festnetzbreitband, Mobilfunkbreitband, Breitbandgeschwindigkeit und -preise
2. Humankapital	Internetnutzung, digitale Grundkompetenzen, fortgeschrittene digitale Kompetenzen
3. Internetnutzung	Nutzung von Inhalten, Kommunikation und Online-Transaktionen durch Bürgerinnen und Bürger
4. Integration der Digitaltechnik	Digitalisierungsgrad der Wirtschaft, Internethandel
5. Digitale öffentliche Dienste	eGovernment (elektronische Behördendienste)



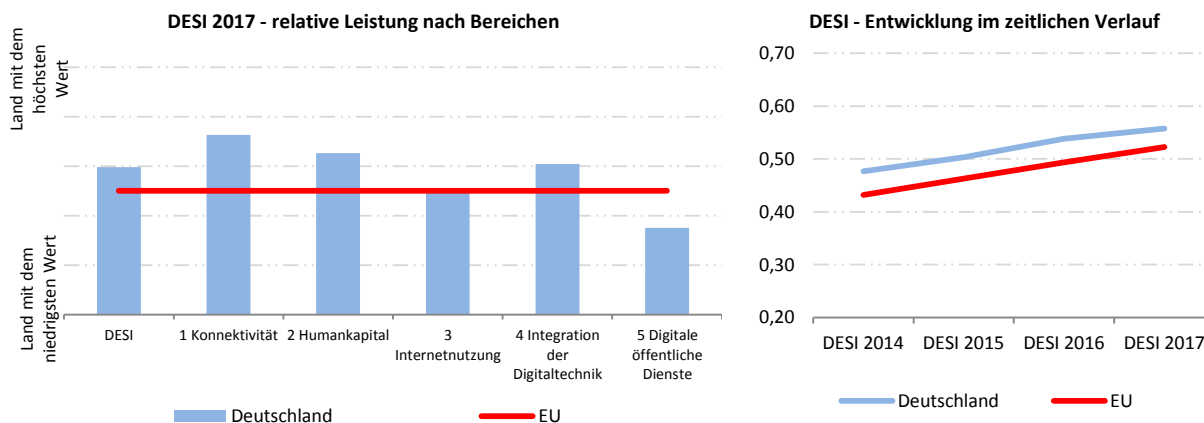
¹ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi>

	Deutschland		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2017	11	0,56	0,54	0,52
DESI 2016 ²	11	0,54	0,51	0,49

Deutschland nimmt unter den 28 EU-Mitgliedstaaten den 11. Platz ein. Insgesamt hat das Land im vergangenen Jahr nur geringe Fortschritte gemacht. Führend ist es in der Frequenzuteilung, was die Entwicklung moderner Mobilfunktechnik im ländlichen Raum begünstigt. Die Deutschen verfügen über gute digitale Kompetenzen (Rang 7). Der Fachkräftemangel im IKT-Bereich könnte das Entwicklungspotenzial der deutschen Wirtschaft allerdings ausbremsen. Beim Online-Einkauf sind die Deutschen besonders aktiv, und deutsche Unternehmen nutzen die Möglichkeiten der digitalen Wirtschaft. Ein hoher Digitalisierungsgrad ist vor allem bei Großunternehmen und Kleinstbetrieben zu verzeichnen. Den größten digitalen Nachholbedarf gibt es bei der Online-Interaktion zwischen Behörden und Bürgern. Nur 19 % der Bevölkerung nutzen elektronische Behördendienste. Damit liegt Deutschland unter den Mitgliedstaaten auf Platz 23. Bisher gibt es kein einheitliches und flächendeckendes eGovernment-Angebot.

Deutschland gehört zu der Ländergruppe mit mittleren Ergebnissen³.

2014 verabschiedete Deutschland die Digitale Agenda 2014–2017⁴, und im März 2016 stellte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Digitale Strategie 2025⁵ vor.



² Der DESI 2016 wurde für alle Länder neu berechnet, um leichte Änderungen bei den gewählten Indikatoren und Korrekturen der den Indikatoren zugrunde liegenden Daten Rechnung zu tragen. Daher können sich die Werte und Ränge der Länder gegenüber der vorherigen Veröffentlichung geändert haben. Weitere Informationen finden Sie in den Hinweisen zur DESI-Methodik unter <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi>.

³ Ländergruppe mit mittleren Ergebnissen: Lettland, Tschechische Republik, Slowenien, Frankreich, Portugal, Spanien, Litauen, Malta, Deutschland und Österreich.

⁴ <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Digitale-Welt/digitale-agenda.html>

⁵ <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/20160314-gabriel-legt-zur-eroeffnung-der-cebit-digitale-strategie-2025-vor.html>

1. Konnektivität

1. Konnektivität	Deutschland		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2017	7	0,72	0,63	0,63
DESI 2016	7	0,69	0,60	0,59

	Deutschland				EU
	DESI 2017		DESI 2016		DESI 2017
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
1a1 Versorgung mit Festnetzbreitband % Haushalte	99 % ↑	15	98 %	16	98 %
	2016		2015		2016
1a2 Inanspruchnahme Festnetzbreitband % aller Haushalte	86 % ↑	4	84 %	4	74 %
	2016		2015		2016
1b1 Inanspruchnahme Mobilfunkbreitband Verträge je 100 Einwohner	73 ↑	21	66	17	84
	Juni 2016		Juni 2015		Juni 2016
1b2 4G-Netzabdeckung⁶ % aller Haushalte (Durchschnitt der Anbieter)	86 %	19	k. A.		84 %
	2016				2016
1b3 Frequenzzuteilung⁷ % der Zielvorgabe	100 % →	1	100 %	1	68 %
	2016		2015		2016
1c1 NGA-Abdeckung % aller Haushalte	82 % ↑	12	81 %	12	76 %
	2016		2015		2016
1c2 Verträge für schnelles Breitband % Verträge >= 30 Mbit/s	31 % ↑	21	25 %	21	37 %
	Juni 2016		Juni 2015		Juni 2016
1d1 Preis für Festnetzbreitband⁸ % des Einkommens	0,8 % →	2	0,8 %	4	1,2 %
	Preis 2016, Einkommen 2015		Preis 2015, Einkommen 2015		Preis 2016, Einkommen 2015

Deutschland ist bei der Konnektivität gut aufgestellt und macht hinsichtlich verschiedener Indikatoren beachtliche Fortschritte. Bei Breitbanddiensten besteht eine landesweite Abdeckung im Festnetz-, Mobilfunk- und Satellitenbereich. Obwohl das Land bei der NGA-Abdeckung (Next Generation Network) in ländlichen Gebieten seit dem letzten Jahr erheblich aufgeholt hat (Anstieg von 36 % auf 49 %⁹) und diese mittlerweile deutlich über dem EU-Durchschnitt von 40 % liegt, ist die digitale Kluft zwischen Stadt und Land nach wie vor offensichtlich. Bei der Inanspruchnahme schneller Breitbanddienste liegt Deutschland unter dem EU-Durchschnitt (31 % vs. 37 %). Der EU-weit zweitniedrigste Preis für

⁶ Dieser neue DESI-Indikator dient zur Messung der durchschnittlichen 4G-Netzabdeckung durch die Telekommunikationsanbieter.

⁷ Rückgang in den meisten Mitgliedstaaten aufgrund der EU-Harmonisierung des 700-MHz-Bands im April 2016.

⁸ Wegen einer geringfügigen methodischen Änderung wurden die historischen Daten neu berechnet.

⁹ Quelle: Studie zur Breitbandversorgung (IHS und Point Topic). Daten von Oktober 2015 und Oktober 2016.

Festnetzbreitband im Verhältnis zum Einkommen ist in den letzten beiden Jahren stabil geblieben.

Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat, der die harmonisierten Funkfrequenzen zu 100 % für Mobilfunk-Breitbanddienste vorgesehen hat. Es erreichte eine geringfügig höhere 4G-Netzabdeckung (86 %) als der EU-Durchschnitt (84 %). Bereits Ende 2014 konnten 92,1 % der deutschen Haushalte den LTE-Standard mit Downloadgeschwindigkeiten von über 2 Mbit/s nutzen. Dennoch ist die Inanspruchnahme von Mobilfunk-Breitbanddiensten mit 73 Verträgen je 100 Einwohner geringer als in anderen Mitgliedstaaten (EU-Durchschnitt: 84 je 100 Einwohner).

Mit der 2014 aufgelegten Digitalen Agenda 2014–2017 will die deutsche Regierung erreichen, dass bis 2018 durch einen effizienten Technologiemix flächendeckend Breitbandinternet mit Downloadgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung steht. Mit Vectoring im Nahbereich¹⁰ sollen erstmals ca.1,4 Mio. deutsche Haushalte Verbindungsgeschwindigkeiten von über 50 Mbit/s nutzen können. Darüber hinaus haben die in der Netzallianz Digitales Deutschland repräsentierten Unternehmen auch 2016 wieder 8 Mrd. EUR in den Breitbandausbau investiert. Für das Bundesförderprogramm Breitband stellte die Bundesregierung 4 Mrd. EUR zur Verfügung.

Um das erklärte Ziel des Aufbaus von Gigabit-Netzen zu erreichen, muss in Deutschland gezielt in Glasfaserinfrastrukturen investiert werden, obwohl der Breitbandausbau technologieneutral gefördert wird. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft von fundamentaler Bedeutung. Im November 2016 veröffentlichte die Netzallianz gemeinsam mit dem BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) das Dokument *Eckpunkte Zukunftsoffensive Gigabit-Deutschland*¹¹, in dem unmittelbar für entsprechende Investitionen geworben wird. In dem Dokument heißt es, ein „massiver Rollout von Glasfaser“ sei unerlässlich. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass Investitionen in die Netze auch durch eine hohe Nachfrage nach Gigabit-Anschlüssen begünstigt würden. Daher ist geplant, die Nachfrage der Unternehmen durch eine Informationskampagne anzukurbeln. Außerdem sollen unterversorgte Gewerbegebiete ausschließlich mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet werden¹². Solche Maßnahmen könnten erheblich zum Ausbau von Hochleistungsnetzen in Deutschland beitragen.

¹⁰ Vectoring im Umkreis von 550 m um eine Vermittlungsstelle.

¹¹ Die bis 2025 geplante Strategie gliedert sich in vier Phasen: Phase 1 bis Ende 2018, Phase 2 bis Ende 2019, Phase 3 bis Ende 2020 und Phase 4 bis Ende 2025 (Quelle: <http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/DG/eckpunkte-zukunftsoffensive-gigabit-deutschland.html>).

¹² In Phase 2 bis Ende 2019.

2. Humankapital

2. Humankapital	Deutschland		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2017	8	0,61	0,57	0,55
DESI 2016	8	0,59	0,55	0,53

	Deutschland				EU
	DESI 2017		DESI 2016		DESI 2017
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
2a1 Internetnutzer % der Einwohner	87 % 2016	↑ 7	84 % 2015	8	79 % 2016
2a2 Mindestens digitale Grundkompetenzen % der Einwohner	68 % 2016	↑ 7	67 % 2015	7	56 % 2016
2b1 IKT-Fachkräfte¹³ % der Beschäftigten	3,7 % 2015	↑ 10	3,6 % 2014	10	3,5 % 2015
2b2 MINT-Absolventen Je 1000 Personen (20–29-Jährige)	19 2014	↑ 11	17 2013	14	19 2014

Im Bereich Humankapital schneidet Deutschland gut ab und erzielt Fortschritte. Die Bevölkerung nutzt das Internet regelmäßig und besitzt im Durchschnitt hohe digitale Kompetenzen. Allerdings fehlen in vielen Schulen Breitbandanschlüsse¹⁴, und die Computernutzung durch junge Deutsche liegt nach wie vor unter dem OECD-Durchschnitt¹⁵. 3,7 % der Beschäftigten in Deutschland sind IKT-Fachkräfte, doch wie in den meisten europäischen Ländern ist auch hier die Nachfrage größer als das Angebot.

Ein Element der deutschen Digitalen Agenda ist die digitale Wissensgesellschaft. Hier gibt es mehrere Initiativen. Auf Länderebene hat die Kultusministerkonferenz (KMK) im Dezember 2016 die Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ vorgelegt, in der sie auf Themen wie Lehrpläne für alle Schulformen, Lehrerfortbildung, eGovernment usw. eingeht¹⁶. Im Oktober 2016 veröffentlichte das BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) die Strategie „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“, in der es einen DigitalPakt#D mit den Ländern vorschlägt. Das BMBF will in den nächsten fünf Jahren 5 Mrd. EUR investieren, um 40 000 Schulen beim Digitalisierungsprozess zu unterstützen. Im Gegenzug sollen die Länder dafür Sorge tragen, die Lehrkräfte entsprechend aus- und fortzubilden.

In Zusammenarbeit mit allen Interessengruppen aktualisiert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ständig die Inhalte der dualen Ausbildungsordnung, damit diese mit dem aktuellen Stand der Technik und den Anforderungen einer digitalen Wirtschaft Schritt halten.

¹³ Historische Daten von Eurostat überarbeitet.

¹⁴ Bertelsmann Stiftung (2016), *Monitor Digitale Bildung, Berufliche Ausbildung im digitalen Zeitalter*.

¹⁵ OECD (2016), PISA 2015 Ergebnisse, Exzellenz und Chancengerechtigkeit in der Bildung, Band I.

¹⁶ <https://www.kmk.org/aktuelles/thema-2016-bildung-in-der-digitalen-welt.html>

Die Aspekte einer immer stärker digitalisierten Arbeitsumgebung wurden im Dialogprozess „Arbeiten 4.0“ intensiv diskutiert. Im Dezember 2016 legte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das *Weißbuch Arbeiten 4.0* vor. Wegen des Fachkräftemangels im IKT-Bereich verfolgt die Bundesregierung einen sektorübergreifenden Ansatz zur zukünftigen Fachkräftesicherung (u. a. mit dem Fachkräftekonzept, der Partnerschaft für Fachkräfte und der Fachkräfte-Offensive). Wenn der digitale Wandel gelingen soll, muss der Fachkräfteengpass im IKT-Bereich überwunden werden.

Ein nationales Bündnis für mehr digitale Kompetenzen und Beschäftigung könnte zur Entwicklung von Synergien zwischen den einzelnen Interessenträgern bei der Konzeption und Umsetzung von Strategien zur Gewinnung der derzeit fehlenden IKT-Fachkräfte beitragen.

3. Internetnutzung

3. Internetnutzung	Deutschland		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2017	18	0,47	0,45	0,48
DESI 2016	15	0,45	0,42	0,45

	Deutschland				EU
	DESI 2017		DESI 2016		DESI 2017
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
3a1 Nachrichten % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	72 % →	19	72 %	16	70 %
	2016		2015		2016
3a2 Musik, Videos und Spiele¹⁷ % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	78 %	17	k. A.		78 %
	2016				2016
3a3 Video-on-Demand¹⁸ % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	23 %	11	k. A.		21 %
	2016				2016
3b1 Videoanrufe % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	31 % →	27	31 %	25	39 %
	2016		2015		2016
3b2 Soziale Netzwerke % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	56 %	25	k. A.		63 %
	2016		2015		2016
3c1 Online-Banking % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	59 % ↑	16	58 %	16	59 %
	2016		2015		2016
3c2 Einkaufen % aller Internetnutzer (letztes Jahr)	82 % →	3	82 %	2	66 %
	2016		2015		2016

Die Neigung der Bürger zur Nutzung von Internetdiensten hat in Deutschland im vergangenen Jahr kaum zugenommen, sodass das Land von Rang 15 auf Rang 18 zurückfiel. Deutsche Internetnutzer lesen Online-Nachrichten (72 %), hören online Musik, sehen sich im Internet Videos an und spielen Online-Spiele (78 %), streamen Filme (23 %) und tätigen Videoanrufe über das Internet (31 %). Sie kommunizieren in sozialen Netzwerken (56 %) und nutzen Online-Banking (59 %). Die Deutschen kaufen häufiger im Internet ein als andere Europäer (82 % der Internetnutzer im Vergleich zu durchschnittlich 66 % in den 28 Mitgliedstaaten) und liegen damit EU-weit auf Platz drei.

¹⁷ Unterbrechung wegen einer Änderung in der Eurostat-Erhebung.

¹⁸ Unterbrechung wegen einer Änderung der Datenquelle. Die neue Quelle ist Eurostat.

4. Integration der Digitaltechnik

4. Integration der Digitaltechnik	Deutschland		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2017	10	0,43	0,40	0,37
DESI 2016	7	0,42	0,37	0,35

	Deutschland				EU
	DESI 2017		DESI 2016		DESI 2017
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
4a1 Elektronischer Informationsaustausch % aller Unternehmen	56 % 2015	1	56 % 2015	1	36 % 2015
4a2 RFID % aller Unternehmen	4,0 % 2014	15	4,0 % 2014	15	3,9 % 2014
4a3 Soziale Medien % aller Unternehmen	18 % ↑ 2016	15	15 % 2015	16	20 % 2016
4a4 Elektronische Rechnungen % aller Unternehmen	16 % ↑ 2016	13	14 % 2015	13	18 % 2016
4a5 Cloud % aller Unternehmen	9 % 2016	21	k. A. 2015		13 % 2016
4b1 KMU, die online verkaufen % aller KMU	26 % ↑ 2016	5	24 % 2015	4	17 % 2016
4b2 Umsatz im Internethandel % des KMU-Umsatzes	7,0 % ↓ 2016	20	9,6 % 2015	11	9,4 % 2016
4b3 Grenzüberschreitende Online-Verkäufe % aller KMU	9,2 % 2015	11	9,2 % 2015	11	7,5 % 2015

In Deutschland hat sich die Integration digitaler Technik durch die Wirtschaft im vergangenen Jahr geringfügig weiterentwickelt. Deutsche Firmen machen zunehmend Gebrauch von den Möglichkeiten des Online-Handels: 26 % der KMU verkaufen online; diese Quote liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt von 17 %. Es wird ersichtlich, dass Großunternehmen und Kleinstbetrieben die Anpassung an das digitale Zeitalter gut gelingt, während mittelgroße Firmen mit zehn bis 249 Mitarbeitern sich häufig schwertun und über keine Digitalisierungsstrategie verfügen.¹⁹ In manchen Sektoren, insbesondere im Gesundheitswesen und in bestimmten Branchen des verarbeitenden Gewerbes, ist der Digitalisierungsgrad noch sehr gering²⁰.

Die Stärkung und Beschleunigung der Digitalisierung der Wirtschaft ist eine Priorität der Bundesregierung, damit deutsche Firmen in zunehmend digitalisierten und vernetzten Produktionsprozessen und Wertschöpfungsketten führend werden. So wurde die Plattform Industrie 4.0²¹ gegründet, in der wichtige Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammenkommen. Die Plattform bietet Handlungsempfehlungen und

¹⁹ Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2016, <http://www.tns-infratest.com/WissensForum/Studien/monitoring-report-digitale-wirtschaft.asp>

²⁰ Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2016, <http://www.tns-infratest.com/WissensForum/Studien/monitoring-report-digitale-wirtschaft.asp>

²¹ <http://www.plattform-i40.de/I40/Navigation/DE/Home/home.html>

praktische Leitlinien, um die Einführung neuer Technik auf Unternehmensebene zu unterstützen und zu beschleunigen. Mit dem Technologieprogramm „Smart Service Welt“ sollen die Wertschöpfungsketten in intelligenten Produktionsumgebungen so mit entsprechenden Online-Diensten kombiniert werden, dass intelligente Dienste – „Smart Services“ – entstehen. Im November 2016 gab die Bundesregierung die Einführung des Technologieprogramms „Smart Service Welt II“²² bekannt, mit dem bereichsübergreifende Vorzeigeprojekte für KMU in den Bereichen Beschäftigung, Mobilität, Wohnen und Grundversorgung gefördert werden sollen.

Um die Digitalisierung von KMU voranzutreiben, hat die Bundesregierung ein Netzwerk aus Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren und einem Kompetenzzentrum Digitales Handwerk eingerichtet²³. Die Hauptaufgabe dieser Zentren ist es, mittelständische Unternehmen über das Potenzial der Digitalisierung zu informieren und sie dafür zu sensibilisieren. Die Kompetenzzentren unterstützen KMU dabei, neue Technik zu erproben und Mitarbeiter entsprechend fortzubilden.

Derzeit entstehen in mehreren Städten und Regionen Digital Hubs für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Start-ups, KMU, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Um den digitalen Wandel in der Wirtschaft weiter zu verbessern, wird insbesondere bei mittelständischen Unternehmen eine kontinuierliche Sensibilisierung für die Bedeutung digitaler Strategien erforderlich sein. Mit der Digitalisierung des Gesundheitssektors könnten wichtige Synergieeffekte geschaffen und erhebliche Kosteneinsparungen ermöglicht werden.

Im Fokus 2017²⁴: Das Einstein Center Digital Future (ECDF)

Das neue Einstein Center in Berlin wurde als „hochschulübergreifender Nukleus“ für die Erforschung digitaler Strukturen in der Gesellschaft konzipiert. Hier sollen sowohl innovative interdisziplinäre Spitzenforschung als auch Nachwuchsförderung betrieben werden. Circa 38,5 Mio. EUR werden in rund 50 neue Professuren investiert. Das ECDF wird in öffentlich-privater Partnerschaft finanziert. Es bringt die vier Berliner Universitäten, die Charité – Universitätsmedizin Berlin, zwei Fachhochschulen, acht außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, mehr als 20 Industrieunternehmen sowie zwei Bundesministerien zusammen. Forschungsschwerpunkte sind die drei thematischen Komplexe digitale Gesundheit, digitale Gesellschaft und Geisteswissenschaften sowie digitale Industrie und Dienstleistungen.

Das ECDF hat eine geplante Laufzeit von sechs Jahren. Die erste Förderphase läuft vom 1. April 2017 bis 31. März 2020, die zweite – nach erfolgreicher Zwischenbewertung – vom 1. April 2020 bis 31. März 2023.

²² <http://www.digitale-technologien.de/DT/Navigation/DE/Foerderprogramme/Smart-Service-Welt-2/smart-service-welt-2.html>

²³ <https://www.mittelstand-digital.de/DE/Foerderinitiativen/Mittelstand-4-0/kompetenzzentren,did=726302.html>

²⁴ Im Fokus 2016: Versuche auf dem „Digitalen Testfeld Autobahn“: Zur Abbildung, Analyse und Unterstützung der zunehmenden Automatisierung und Vernetzung moderner Fahrzeuge wurde das „Digitale Testfeld Autobahn“ auf der A9 gestartet. Mithilfe hochmoderner digitaler Technik soll die Echtzeit-Kommunikation eines Fahrzeugs sowohl mit der Straßeninfrastruktur als auch mit anderen Fahrzeugen ermöglicht werden. Das „Digitale Testfeld Autobahn“ ist ein technologieoffenes Angebot für die Industrie und die Forschungsgemeinschaft und kann von allen Interessenträgern aus der Automobilbranche, der Digitalwirtschaft und dem Hochschulbereich zur Erprobung ihrer Innovationen genutzt werden. Die Tests werden von Forschungsmaßnahmen mit offenem Wissenstransfer begleitet.

5. Digitale öffentliche Dienste

5. Digitale öffentliche Dienste	Deutschland		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2017	20	0,46	0,59	0,55
DESI 2016	20	0,45	0,56	0,51

	Deutschland				EU
	DESI 2017		DESI 2016		DESI 2017
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
5a1 eGovernment-Nutzer % aller Internetnutzer (letztes Jahr)	19 % →	23	19 %	23	34 %
	2016		2015		2016
5a2 Vorausgefüllte Formulare Wert (0 bis 100)	38 ↑	17	34	18	49
	2016		2015		2016
5a3 Online-Erledigung Wert (0 bis 100)	83 →	17	83	17	82
	2016		2015		2016
5a4 Offene Daten²⁵ % der Höchstpunktzahl	51 % →	20	51 %	10	59 %
	2016		2015		2016

Dies ist der Bereich, in dem Deutschland am schlechtesten abschneidet und so gut wie keine Fortschritte macht. Was die Inanspruchnahme digitaler öffentlicher Dienstleistungen angeht, liegt Deutschland EU-weit auf Platz ²⁰. Deutschland ist eines der EU-Länder mit der niedrigsten Online-Interaktion zwischen Behörden und Bürgern. Nur 19 % der deutschen Internetnutzer machen Gebrauch von digitalen Verwaltungsdienstleistungen. Dieser Wert ist seit 2015 konstant geblieben. Der Nationale Normenkontrollrat berichtet regelmäßig über die Entwicklung elektronischer Behördendienste in Deutschland²⁶. Demnach wirft die föderale Struktur des Landes spezifische Schwierigkeiten bei der Einführung einer kohärenten und flächendeckenden elektronischen Verwaltung auf. Unterschiedliche Systeme, die oftmals nicht interoperabel sind, führen zu Reibungsverlusten. Darüber hinaus²⁷ müssten die bestehenden digitalen öffentlichen Dienstleistungen stärker bekannt gemacht werden.

Mit dem Programm „Digitale Verwaltung 2020“ soll sichergestellt werden, dass die öffentliche Verwaltung künftig für alle Bürgerinnen und Bürger auf elektronischem Wege erreichbar ist. Das Programm umfasst Maßnahmen zur Einführung der elektronischen Akte, zum zentralen De-Mail-Gateway, zum zentralen eID-Dienst, zu einer erweiterten Zahlungsverkehrsplattform und zum öffentlichen Auftragswesen. Die bestehenden Organisationen, insbesondere der IT-Planungsrat, haben die Aufgabe, für geeignete Strukturen zu sorgen, um die Steuerung und Koordinierung einer gemeinsamen IT des Bundes sicherzustellen. Um die Nutzung von Online-Diensten zu vereinfachen, sollen die Verwaltungsportale von Bund und Ländern in einem Portalverbund verknüpft werden, in dem die Bürgerinnen und Bürger über interoperable Nutzerkonten mit einer einzigen Anmeldung alle Behördenangelegenheiten

²⁵ Änderung der Datenquelle. Auch die historischen Daten wurden überarbeitet. Die neue Quelle ist das Europäische Datenportal.

²⁶ https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/DE/Startseite/startseite_node.html

²⁷ <http://www.egovernment-monitor.de/die-studie/2016.html>

elektronisch erledigen können. Der IT-Planungsrat will außerdem ein Digitalisierungsprogramm auflegen, um zu einer interoperablen, föderalen IT-Infrastruktur zu kommen, die so schnell, nachhaltig und effizient wie möglich benutzerfreundliche digitale Verwaltungsdienstleistungen für alle Bürger und Bürgerinnen und für die Wirtschaft anbietet. Darüber hinaus haben Bund und Länder im Oktober 2016 eine wichtige politische Vereinbarung getroffen. Mit einer Grundgesetzänderung soll dem Bund die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit für die digitale Verwaltung und den sicheren Zugang zu allen entsprechenden Dienstleistungen übertragen werden. Die endgültige Ausgestaltung wird im derzeit laufenden Rechtsetzungsverfahren zwischen Bund und Ländern zwar noch diskutiert, doch könnte diese Initiative den Weg für signifikante Verbesserungen ebnen.